GRÜNE Kanton Solothurn Niklaus-Konrad-Strasse 18 4500 Solothurn sekretariat@gruene-so.ch



Solothurn, 21. Februar 2023

Amt für Gesellschaft und Soziales Herrn Reto Steffen Ambassadorenhof Riedholzplatz 3 4509 Solothurn

Vernehmlassungsantwort GRÜNE SO Änderung des Sozialgesetzes; Einführung der frühen Sprachförderung

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Susanne Schaffner Sehr geehrter Herr Steffen

Die GRÜNEN des Kantons Solothurn bedanken sich für die Gelegenheit, zur «Änderung des Sozialgesetzes; Einführung der frühen Sprachförderung» Stellung nehmen zu können. Wir begrüssen die flächendeckende Angebotserweiterung sehr und haben die grundsätzliche Einführung wie die Pilotangebote in den Gemeinden im politischen Prozess unterstützt.

Wir befürworten das Angebotsobligatorium, möchten aber zwecks Chancengleichheit einen Schritt weiter gehen und auch das Besuchsobligatorium einfordern. Die Begründung der schweren Durchsetzbarkeit ist für uns keine stichhaltige Begründung, vielmehr müsste die Art der Durchsetzbarkeit und allfälliger Konsequenzen mit dem nötigen Augenmass angegangen werden. Gerade bei Personengruppen ohne Einsicht würden klare Anweisungen, sprich ein Obligatorium, helfen.

§106 bis bis 1 Das Wort freiwillig soll gestrichen werden.

§ 106 bis bis 3

Die offene Formulierung betreffend der Elternbeiträge finden wir störend, die Existenzsicherung der Erziehungsberechtigten ist sicher richtig. Die Vorgabe einer Bandbreite und eine Begrenzung der maximal zu verrechnenden Kosten nach oben wäre aber wünschenswert.

Die Bereitstellung von standardisierten Sprachstandserhebungen seitens Kanton ist sicher zielführend und eine enge Begleitung zwingend. Wir würden es begrüssen, wenn der Zeitpunkt der Erhebung bereits im Gesetz genauer definiert würde. Das Zeitfenster der Sprachstandserhebung sowie die Regelungen zum Datenschutz müssten anschliessend in der nachfolgenden Verordnung noch genauer ausgeführt werden.

Die vorgesehenen Stellenprozente von 40% zur Koordination der Angebote seitens des Kantons sind nachvollziehbar. Die vorgesehene Beratung ist ein wichtiger Fokus, die klare Überprüfung und Weiterentwicklung des Angebotes sowie die Weiterbildung der Betreuungspersonen sind für uns aber ebenso zentral.

Wir begrüssen eine zeitnahe Einführung und werden die Umsetzung auch im weiteren politischen Prozess unterstützen.

Mit freundlichen Grüssen

Laura Gantenbein

Präsidentin GRÜNE Kanton Solothurn

Für Rückfragen: Barbara Wyss Flück

Kantonsrätin GRÜNE SO, 079 850 58 15